

Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen - was ist zu tun?

Impulsstatement

Winkler-Kühlken, Bärbel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Winkler-Kühlken, B. (2005). Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen - was ist zu tun? Impulsstatement. In W. Strubelt, & H. Zimmermann (Hrsg.), *Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: T. 5, Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR* (S. 66-73). Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung - Leibniz-Forum für Raumwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-339103>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Bärbel Winkler-Kühlken

**Demographischer Wandel in dünn besiedelten,
strukturschwachen Räumen – was ist zu tun?
Impulsstatement**

S. 66 bis 73

Aus:

Wendelin Strubelt, Horst Zimmermann (Hrsg.)

**Demographischer Wandel im Raum:
Was tun wir?**

Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 225

Hannover 2005

Bärbel Winkler-Kühlken

Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen – was ist zu tun?

Impulsstatement

Gliederung

- 1 Der demographische Wandel
- 2 MORO – Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang
 - 2.1 Ziele des Modellvorhabens
 - 2.2 Prioritäre Handlungsfelder für Anpassungsstrategien
 - 2.3 Handlungsoptionen
- 3 Was ist zu tun? – Schlussfolgerungen aus dem Modellvorhaben

Sehr verehrte Herren Präsidenten,
meine Damen und Herren,

ich heiße Bärbel Winkler-Kühlken, bin Stadt- und Regionalplanerin und als Projektleiterin im Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (kurz IfS) in Berlin für das Modellvorhaben der Raumordnung des BBR/BMVBW „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern“ zuständig. Vor diesem Hintergrund werde ich versuchen, Impulse für zentrale Fragen der Forumdiskussion zu geben.

Hierbei werde ich in erster Linie auf drei Fragestellungen eingehen:

1. Der demographische Wandel
2. MORO – Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang
3. Was ist zu tun? Sechs Schlussfolgerungen aus dem Modellvorhaben.

1 Der demographische Wandel

Die Bevölkerung schrumpft und altert. Ein langsamer Prozess für Gesamtdeutschland. Ein rascher Prozess für manche Regionen in Deutschland. Die Prognose der Bevölkerungsentwicklung, differenziert nach ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern und darunter jeweils ländlichen Gebieten, zeigt die Dramatik und Brisanz der bisherigen, aber auch der zukünftig zu erwartenden Entwicklung eindrucksvoll. Der demographische Wandel in den ostdeutschen Bundesländern, d. h. dramatischer Einbruch der Geburtenziffern Anfang der

90er-Jahre, anhaltende Abwanderung und Verschiebung der Altersstruktur zugunsten der alten Jahrgänge, trifft aktuell insbesondere die bereits dünn besiedelten ländlichen Regionen Ostdeutschlands. In Zukunft wird die Schere zwischen der Bevölkerungsentwicklung in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt und in den ländlichen Regionen noch weiter auseinander gehen.

In diesen gleichzeitig auch strukturschwachen Regionen führt die weitere Abnahme der Einwohner- und Besiedlungsdichten zum Erreichen bzw. Unterschreiten von Tragfähigkeitsgrenzen in einzelnen Infrastrukturbereichen. Eine Abwärtsspirale von Unterauslastung, steigenden Kosten, Angebotsreduzierungen bis hin zur endgültigen Schließung von Einrichtungen steht zu befürchten und ist in Teilbereichen (Kindergärten, Grundschulen) bereits vollzogen. Den Kommunen droht Versorgungsmangel, verbunden mit erheblichem Imageverlust. Weitere Abwanderungen, insbesondere von jungen Menschen, sind die Folge. Anreize für Zuwanderungen fehlen weitgehend. Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe verlieren Nachfragepotenzial und die Kommunen mit den Einwohnern zugleich Steuerkraft. Es sind diese neuen wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen, die zur Überprüfung traditioneller Konzepte der Infrastrukturversorgung gerade in dünn besiedelten ländlichen Gebieten Anlass geben.

2 MORO – Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang

2.1 Ziele des Modellvorhabens

Die Bereitstellung öffentlicher Infrastrukturangebote für alle Bevölkerungsgruppen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Raumordnung. In Zeiten knapper Kassen und damit eingeschränkter Handlungsspielräume ist die Sicherung öffentlicher Infrastrukturangebote gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels eine neue Herausforderung. Die bisher allerorts praktizierte Wachstumsplanung muss einer ungewohnten Schrumpfungplanung weichen. Intersektorale Kooperationen und interkommunale Zusammenarbeit steuern nicht mehr die Verteilung von Überschüssen, sondern proben den Umgang mit weniger und anderem Versorgungsbedarf. Eine angemessene räumliche Verteilung der öffentlichen Leistungen zum Wohl der Gesamtregion ist das verfolgte Ziel. Denn Konkurrenzen zwischen Gemeinden gehen zu Lasten der Angebotsvielfalt und erhöhen Versorgungsdisparitäten.

Ziel des MORO war es, in den ausgewählten Modellregionen Mecklenburgische Seenplatte, Lausitz-Spreewald und Ostthüringen mit den Landkreisen Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis ein Problembewusstsein zu schaffen, einen offensiven Umgang mit den neuen Herausforderungen zu unterstützen sowie zukunftsgerichtete Lösungsstrategien für eine ausreichende, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragfähige Infrastruktur für bereits dünn besiedelte ländliche Gebiete zu entwickeln.

Kurz einige Strukturdaten: Die Modellregionen hatten zwischen 1990 und 2000 bereits Bevölkerungsverluste von durchschnittlich 7 bis 8 % aufzuweisen und haben laut BBR-Prognose bis 2020 sogar noch höhere Verluste zwischen 9 und 18 % zu erwarten. Die Einwohnerdichte sinkt damit deutlich.

Die Modellregionen sind Vorreiter für eine frühzeitige offensive Auseinandersetzung mit den funktionalen und raumstrukturellen Folgen der Schrumpfung. Erstmals werden integrierte überregionale Anpassungskonzepte aktiv in größeren Gebietseinheiten gestaltet. Von zentraler Bedeutung ist dabei der regionale Dialogprozess. Er soll nicht nur die äußerst kommunikationsbedürftige interkommunale sowie fachgebietsübergreifende Kooperation sichern, sondern gleichzeitig Akzeptanz für die neue, tendenziell unbeliebte Aufgabenstellung der Gestaltung der Schrumpfung auf regionaler Ebene und die konkreten Lösungsansätze schaffen.

Was haben die Modellregionen bisher erreicht? Sie haben zunächst prioritäre Themen und Handlungsfelder bestimmt. Ein wichtiges, wenn nicht das wichtigste Ziel war die Vermittlung des Handlungsbedarfs an Kollegen, Politiker und Bevölkerung. In fachlichen Arbeitsgruppen wurden Ideen und Lösungsansätze entwickelt. Für zwei dieser konzeptionellen Ideen konnten die Regionen mit Förderung des Forschungsprogramms Aufbau Ost des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen durch Gutachten fachliche Vertiefungen und Konkretisierungen erarbeiten lassen. Diese Gutachten leiten gleichzeitig die ersten Schritte zur Umsetzung ein. Zurzeit werden die Ergebnisse in den regionalpolitischen Gremien diskutiert und Beschlüsse zur Umsetzung gefasst.

2.2 Prioritäre Handlungsfelder für Anpassungsstrategien

Die Modellregionen haben unter Berücksichtigung ihres regionalen Handlungsbedarfs die aus ihrer Sicht wichtigsten konkreten Handlungsfelder und Themen zur Weiterentwicklung der Infrastruktur identifiziert. Überwiegend waren diese Projekte in informellen integrierten Gesamtkonzepten wie Regionalen Entwicklungskonzepten, Agenda-Prozessen oder Kreisentwicklungsplanungen bereits angelegt. Die Themen spiegeln den altersgruppenspezifischen Verlauf des demographischen Wandels wider und ordnen sich wie folgt in die generellen Handlungsfelder der Infrastrukturanpassung ein:

- Im Handlungsfeld „Soziale Infrastruktur“ liegt aktuell der größte Handlungsbedarf. Es geht einerseits um die Aufrechterhaltung wohnortnaher Bildungsangebote durch die Modifikation der Schulstruktur (gebietskörperschaftsübergreifende Abstimmung, z. T. jahrgangsübergreifender Unterricht), die Anpassung der Berufsschulstruktur sowie technische und organisatorische Optimierungen beim Schülerverkehr. Andererseits steht die Anpassung der sozialen Einrichtungen an die alternde Bevölkerung im Vordergrund, insbesondere im Bereich der Medizin, aber auch die Möglichkeit dezentraler Angebote durch „Dorfzentren“ (Ostthüringen), in denen verschiedene Angebote durch die gemeinsame Ressourcennutzung tragfähig angeboten werden sollen.
- Das Handlungsfeld „Technische Infrastruktur“ ist ein weiterer Schwerpunkt der Modellregionen. Das ÖPNV-Angebot soll durch die Entwicklung eines neuen Gemeinschaftsverkehrs mit flexiblen Bedienungszeiten (Lausitz-Spreewald), die Bündelung der ÖPNV-Angebote (kreisübergreifendes Besteller-/Betreibersystem in Ostthüringen) oder die besondere Berücksichtigung des Schülerverkehrs (Mecklenburgische Seenplatte) verbessert werden. Ver- und entsorgungstechnische Fragestellungen wurden in der Region Ostthüringen mit der Prüfung alternativer Lösungen der Wasserver- und -entsorgung behandelt.

- Das Handlungsfeld „Handel/Dienstleistungen/Verwaltung“ wird mit Ausnahme des Projekts „Dorfzentren“ von den Modellregionen nicht behandelt. Ansätze in diesem Handlungsfeld sind bereits bekannt und erforscht (z. B. Nachbarschaftsläden, Bürgerämter etc.) und stellen so gesehen keine Herausforderung im Sinne eines Modellvorhabens dar. Für das Handlungsfeld besteht insoweit kein Forschungs-, sondern angesichts des fortgesetzten Rückzugs des Handels aus der Fläche ein Implementationsbedarf.
- Die ersten Ansätze zum Handlungsfeld „Siedlungs- und Landschaftsbild“ beschränkten sich auf den Stadtumbau in kleinen Städten. Da dieses Thema im Programm Stadtumbau Ost bearbeitet wird, fand es im Modellvorhaben keine besondere Berücksichtigung.
- Das Handlungsfeld „Kommunikation“ wird bisher in den Modellregionen nur am Rande bearbeitet, etwa als Möglichkeit zur Verbesserung des Bildungsangebots (E-Learning) oder der medizinischen Versorgung (Telemedizin). Es ist jedoch absehbar, dass dieses Handlungsfeld als eine Alternative zur physischen Erreichbarkeit angesichts zukünftig stärkerer Bündelung bestimmter Infrastrukturangebote deutlich an Bedeutung gewinnen wird und offensiv einbezogen werden sollte.

Diese skizzierten sektoralen Ansätze sollen und müssen in Gesamtstrategien eingebunden werden. Im Rahmen des MORO verfolgt explizit nur die Region Lausitz-Spreewald mit der Fortschreibung des Regionalplanentwurfs und der Fortsetzung des Lokale-Agenda-Prozesses die Einbindung der fachlichen Ansätze in Gesamtplanungen. Die beiden anderen Modellregionen warten neue Rahmensetzungen aus den sich in der Aufstellung befindlichen Landesentwicklungsplänen in Mecklenburg-Vorpommern bzw. Thüringen ab.

2.3 Handlungsoptionen

Welche grundsätzlichen Möglichkeiten stehen nun zur Anpassung zur Verfügung?

- a) *Erhöhung der Erreichbarkeit*: Durch eine bessere Erreichbarkeit (z. B. optimierte ÖPNV-Netze oder nachfrageorientierte Taktzeiten) wird die Auslastung selbst einer unveränderten Einrichtung erhöht bzw. die Versorgung verbessert.
- b) *Verkleinerung*: Eine Einrichtung wird auf das für die kleinere Nachfragergruppe adäquate Maß reduziert.
- c) *Dezentralisierung*: Durch die Aufteilung in kleinere Einheiten wird die Effizienz erhöht, wenn die Kosten der Anbindung der Fläche an die Großstruktur zu hoch sind (z. B. lokale Biokläranlagen statt Großkläranlage mit Leitungsnetz, Bürgerämter statt Zentralverwaltungen).
- d) *Zentralisierung*: Durch Zusammenlegung von unterausgelasteten Einheiten wird eine Tragfähigkeitsgrenze erreicht, wobei zur Zentralisierung eine komplementäre Verbesserung der Erreichbarkeit im Einzugsbereich geschlossener Institutionen notwendig ist (z. B. Schulzusammenlegung mit Schulbussystem).
- e) *Temporäre Ansätze*: Institutionen sind nur zu eingeschränkten Zeiten nutzbar, um durch die Senkung des Betriebsaufwands eine Schließung zu vermeiden oder die Bedienung zu ermöglichen (z. B. Wochenmärkte, mobile Bibliotheken).

f) *Neustrukturierung/Substitution*: Der Zweck wird durch eine neue Art der Aufgabenerfüllung erreicht bzw. durch eine andere Einrichtung erbracht, wie z. B. die Warenbestellung per Internet statt dem Einkauf im Geschäft.

Ein analytischer Blick auf die Verwendung dieser Ansätze in den Modellregionen führt zu folgendem Ergebnis:

Alle sechs möglichen Handlungsoptionen kommen in den Modellregionen zum Tragen. Vergleichsweise häufig kommen Neustrukturierungen zum Tragen, sie stellen die Innovationen im Sinne neuer Formen der Leistungsbereitstellung dar. Ohne den Beitrag der anderen Ansätze schmälern zu wollen – diese Anpassungen leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Sicherung einer zukunftsfähigen Infrastrukturversorgung – werden im Folgenden einige kurze Anmerkungen zu diesen Ansätzen der Neustrukturierung gemacht:

- Bei der Fortschreibung des Regionalplanentwurfs in der Region Lausitz-Spreewald wurde – z. T. in Abweichung von den geltenden landesplanerischen Vorgaben – nach einem strukturadäquaten Modell des Zentrale-Orte-Konzepts gesucht, das zwar die bisherigen Grundelemente aufnimmt, aber Ergänzungen für den dünn besiedelten Raum sucht.
- Die Fortsetzung des Regionale-Agenda-Prozesses ist ein zwar immer noch zu wenig etabliertes, aber auch kein neues Instrument; hier liegt der Innovationsgehalt in der Integration der Schrumpfrage in die regionale Leitbildsuche sowie im offensiven Austausch mit den Wirtschaftsakteuren (Setzung eines neuen Agenda-Punktes).
- Die Aufrechterhaltung einer wohnortnahen Versorgung mit Grundschulen und Regelschulen setzt in Teilbereichen Ostthüringens neue pädagogische Konzepte voraus.
- Die Sicherung der medizinischen Versorgung, die in allen drei Regionen verfolgt wird, bedarf mit temporären und Filialpraxen sowie mit der Überwindung der Trennung von ambulanten und stationären Angeboten neuer Formen der Bereitstellung medizinischer Versorgung.
- In Dorfzentren werden durch die funktionsübergreifende Teilung räumlicher und personeller Kapazitäten einzeln nicht tragfähige Funktionen möglich; dies setzt eine Bereitstellung der Funktionen in Abweichung von bisherigen institutionalisierten Formen voraus.
- Ein Gemeinschaftsverkehr mit flexiblen Bedienzeiten ist ein Element zur Optimierung des ÖPNV in ländlichen Gebieten; es ergänzt die Flächenerschließung dort, wo Linienverkehre nicht tragfähig sind.

Diese neuen Ansätze bedürfen in der Regel auch neuer rechtlicher Rahmensetzungen. Z. B. sind im Bereich der Regionalplanung neue landesplanerische Vorgaben, im Bereich der medizinischen Versorgung alternative, den Siedlungsstrukturen angemessene Zuschnitte der Planungsregionen der Kassenärztlichen Vereinigungen notwendig. Die Grenzen der Über- bzw. Unterversorgung, das Niederlassungsrecht, die Wegepauschalen, um nur einige zu nennen, sind darüber hinaus zu überprüfen. Die flächendeckende Einführung alternativer Bedienformen im ÖPNV setzt u. a. Änderungen des Personenbeförderungsgesetzes wie auch des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes voraus. Andere Ansätze lassen sich im Rahmen – teilweise bereits erfolgter – Anpassungen rechtlicher Vorgaben realisieren (z. B. kleine Schulen in Ostthüringen und Brandenburg) oder berühren im Einzelfall auch keine

Rechtsvorgaben, wie die Verbesserung der organisatorischen und technischen Zusammenarbeit.

Andere Ansätze modellieren die bestehende Form der Infrastrukturbereitstellung, indem sie spezifische Problemstellungen der dünnen Besiedlung oder die Folgen des Nachfrage-rückgangs berücksichtigen: Zum Beispiel wird die Erreichbarkeit in der Region insgesamt verbessert, wenn die im ländlichen Raum typischerweise stark schwankende Auslastung der vorhandenen Fahrzeuge (Schülerverkehr, einseitige, zeitlich begrenzte Verkehrsströme) angebots- und kostenorientiert optimiert wird (Ostthüringen). Die Zentralisierung von Bildungsangeboten durch Schließung von Berufsschulen (Mecklenburgische Seenplatte, Lausitz-Spree-wald) oder Schulen (Lausitz-Spree-wald) erhält eine andere Qualität, wenn durch die inhaltliche Profilierung der verbleibenden Standorte eine breite Berufsbildungspalette in der Region gehalten wird (Mecklenburgische Seenplatte) oder die zusammengelegten Einheiten durch die Verknüpfung von unterschiedlichen Bildungsformen (Gymnasium und Berufsbil-dung Lausitz-Spree-wald) neue Bildungsqualitäten ermöglichen. Diese Ansätze zielen da-rauf, die Ressourcen innerhalb des bestehenden Systems zu identifizieren oder die erforderliche Reduzierung durch die inhaltliche Abstimmung „regionsverträglich“ zu gestalten. Ihr Innovationsgehalt – bezogen auf die Gestaltung der Infrastruktur – kann als „intelligentes“ Schrumpfen beschrieben werden, bei dem an die Stelle der einfachen Streichung die plane-risch-strategische Gestaltung tritt.

Von zentraler Bedeutung im Umgang mit der Schrumpfung sind Kooperationen. Koope-rationen, bei denen eine Verbindlichkeit zumindest durch Selbstbindung der beteiligten Institutionen besteht, sind auf der Ebene der Regionen ein relativ neues Feld. Trotzdem sind Kooperationen im MORO der Standardansatz zum Umgang mit der Schrumpfung – alle Ansätze beruhen darauf, dass in variierender Form verschiedene Institutionen miteinander kooperieren. Diese Kooperationen beruhen auf der Einsicht, dass die Leistung dauerhaft nur durch gemeinsame Ressourcennutzung und aufeinander abgestimmte Angebote bereitge-stellt werden kann. Damit resultieren die Kooperationen in gewissem Maß erst „aus der Not“ heraus.

Bei den Kooperationen kann zwischen zwei unterschiedlichen Formen mit unterschiedli-chem Innovationsgrad unterschieden werden:

1. Klassische Kooperationen zwischen Institutionen gleichen Typs, bei denen zwei oder mehrere für die gleiche Infrastruktur, aber für unterschiedliche Gebiete verantwortliche Träger versuchen, funktionale Hemmnisse von Verwaltungsgrenzen zu überwinden bzw. stärker räumlich-funktionale Verflechtungen zu berücksichtigen. Im Fall der Modellregio-nen sind dies Kooperationen zwischen Gemeinden und insbesondere zwischen Kreisen. Hier stehen sich Institutionen bzw. benachbarte Gebietskörperschaften „auf gleicher Au-genhöhe“ gegenüber und haben typischerweise die gleiche Problemlage, da sie die glei-che Infrastruktur in der gleichen Form bereitstellen.
2. Innovative Kooperationen zwischen Institutionen unterschiedlichen Typs, d. h. hier koo-perieren Institutionen, die für Teilbereiche in einem Handlungsfeld unterschiedliche Verantwortlichkeiten innerhalb des gleichen Gebiets haben (Kommunen, staatliche Ein-richtungen, Verbände, private Akteure etc.). Es treffen Institutionen aufeinander, die in unterschiedlichen hierarchischen oder rechtlichen Verhältnissen zueinander stehen so-

wie unterschiedliche fachliche Teilthemen behandeln und verschiedene Perspektiven auf das Themenfeld haben (z. B. öffentliche/private Akteure). Hier steht die Überwindung der bisherigen engen eigenen Wirkungskreise durch die Übernahme einer gemeinsamen Verantwortung für das Themenfeld im Vordergrund. In diesen Fällen sind über die Überwindung eigener Interessenlagen hinaus neue Netzwerke der Zusammenarbeit zu finden.

Einzelne Strategien können aus Zeitgründen leider nicht näher vorgestellt werden. Ich werde mich angesichts der knappen Zeit jetzt auf die Formulierung einiger Handlungsempfehlungen und Schlussfolgerungen konzentrieren.

3 Was ist zu tun? – Schlussfolgerungen aus dem Modellvorhaben

1. Der Mentalitätswechsel muss gelingen. Bevölkerungsrückgang und Alterung sind als unumkehrbare Tatsache anzuerkennen, und zwar von allen Beteiligten, den Raum- und Fachplanern, den Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie von den Politikern! Wird die Schrumpfung nämlich als Rahmenbedingung anerkannt, entsteht ein Freiraum zur Formulierung positiver Leitbilder für die Gestaltung der zukünftigen Region.
2. Die Leitbilder und Instrumente der Raumordnung, hier insbesondere das Zentrale-Orte-Konzept, müssen auf den Prüfstand. Unterschiedliche Besiedlungsdichten erfordern unterschiedliche Angebotsformen. Durch weiteres Absinken der Siedlungsdichten weit unter 100 Einwohner/km² (teilweise unter 50 Einwohner/km²) können Infrastruktureinrichtungen nicht mehr in gewohntem Standard angeboten werden. In den Konzepten der Zukunft stehen nicht länger Einrichtungen oder Institutionen eines Ausstattungskatalogs, sondern die Sicherstellung notwendiger Grundfunktionen durch neue Angebotsformen (mobil, temporär, arbeitsteilig etc.) im Vordergrund. Zusätzlich sind verstärkt neue Technologien bei der Entwicklung alternativer Versorgungskonzepte kreativ einzubeziehen.
3. Für ländliche/periphere Regionen sind integrierte Entwicklungskonzepte zu erstellen. Dazu sind zum einen ganz neue Partnerschaften und Kooperationen nicht nur zwischen Kommunen und Verwaltungen, sondern auch mit privaten Organisationen zu bilden. Solche neuen Allianzen erfordern die Überwindung von Zuständigkeitsgrenzen – ob zwischen privat und öffentlich oder zwischen kommunal und staatlich. Zum anderen sind regional spezifische Lösungen zu finden. Unterschiedliche Siedlungsstrukturen, Topographien, landesspezifische Rahmenbedingungen und die regionalen Infrastrukturausstattungen stellen komplizierte Rahmenbedingungen dar, die deutlich machen: Es gibt keinen Königsweg zur Angebotsgestaltung.
4. Leitbildformulierung und Erarbeitung der integrierten Entwicklungskonzepte sollten in einem moderierten Dialogverfahren entwickelt werden. Der anspruchsvolle Prozess bedarf eines externen Moderators und eines langen Atems.
5. Adäquate Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden. Die organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen müssen auf die demographischen Entwicklungen justiert werden – sie müssen zum einen „kleine feine“ Lösungen zulassen und zum anderen die Erarbeitung und Umsetzung integrierter Gesamtkonzepte finanziell ermöglichen.

6. Um nicht Handlungsspielräume durch wachsenden Problemdruck zu verlieren und die Weiterentwicklung der Rahmenvorgaben mitzugestalten, gilt es, die bereits erarbeiteten Konzepte heute durch konkrete Maßnahmen umzusetzen und Impulse von unten zu senden.

Weitere Informationen sind unter der Internet-Adresse www.regionale-anpassung.de und im Heft 12/2003 der Informationen zur Raumentwicklung zu finden.